

2017 - Februar - Europa - Ereignisse in Belgien, Deutschland, Dänemark, Finnland, Frankreich, Spanien...

Belgien:

Es ist soweit: Belgisches Unternehmen implantiert Mitarbeitern Chips unter die Haut

[veröffentlicht am 05.02.2017 von](#)

→ Das belgische Unternehmen *New Fusion*, das auf digitales Marketing spezialisiert ist, hat unter die Haut von Mitarbeitern elektronische Chips implantiert. Mit Hilfe dieser Chips können die Mitarbeiter Türen im Büro öffnen und verschiedene Technik benutzen, wie das Portal *Le Parisien* mitteilte.



Die Chips haben praktisch die elektronischen Ausweise in der Arbeitsstelle ersetzt. Sie beinhalten die persönlichen Daten der Mitarbeiter. Die elektronischen Mikrogeräte sollen auch die Nutzung der Computertechnik ermöglichen. So ist es zum Beispiel nicht mehr nötig, jedes Mal den Benutzernamen und das Passwort einzutippen, um den Zugang zum PC zu bekommen.

Der Chip ist nicht größer als ein Reiskorn. Er soll 100 Euro kosten. Dem [Bericht zufolge](#) haben jetzt acht Mitarbeiter des Unternehmens solche Chips. Sie haben sich für das Implantieren freiwillig gemeldet

+++

Deutschland

Vorbereitung auf Katastrophenfall? Neuer staatlicher Krisenplan für Versorgungsengpässe

[Veröffentlicht am 17.02.2017 von EpochTimes](#)

Vorbereitung auf Katastrophenfall: Der Bundestag hat den Notfallplan für Krisenfälle und Versorgungsengpässe aktualisiert. Das am Abend verabschiedete Gesetz gibt dem Staat diverse Eingriffsmöglichkeiten in die Lebensmittelversorgung.

Der Bundestag hat den jahrzehntealten Notfallplan für Krisenfälle und Versorgungsengpässe aktualisiert. Das am Abend verabschiedete Gesetz gibt dem Staat diverse Eingriffsmöglichkeiten in die Lebensmittelversorgung.

Das neue Zivilschutzkonzept muss allerdings noch vom Bundesrat bestätigt werden.

Bei einer Versorgungskrise – hervorgerufen etwa durch Naturkatastrophen, Epidemien oder einen bewaffneten Angriff – darf der Staat in die Produktion und Verteilung von Lebensmitteln eingreifen. (dpa)



Die Deutschland Flagge auf dem Reichstag in Berlin
Foto: Sean Gallup/Getty Images

Siehe auch: [Katastrophenschutz bekommt neues Konzept: Bürger sollen Notvorräte anlegen](#)

+++

Bundeswehr bringt Schützen- und Kampfpanzer auf den Weg nach Litauen

[Veröffentlicht am 21.02.2017 von EpochTimes](#)

Es wird weiter aufgerüstet:

❖ Die **Bundeswehr** schickte am **Dienstag** (21.02.2017) vom **bayerischen Grafenwöhr** aus **knapp 30 Panzer nach Litauen**.

Die Fahrzeuge gehören zu einem von der Bundeswehr geführten multinationalen Nato-Bataillon, das die Allianz in dem osteuropäischen Land stationiert. Die ersten Bundeswehrsoldaten befinden sich schon seit Ende Januar dort. Auch die weitere Ausrüstung der Einheiten ist bereits vor Ort. Zum Abschluss werden nun 30 Schützenpanzer vom Typ Marder, sechs schwere Kampfpanzer vom Typ Leopard 2 und drei Bergepanzer per Eisenbahn auf den Weg gebracht.



Deutsches Militär in Litauen
Foto: Jens-Ulrich Koch/Getty Images

Das von Deutschland geführte Bataillon ist eine von insgesamt vier sogenannten Nato-Battlegroups, die in den baltischen Staaten und Polen stationiert werden. (afp)

+++

Dänemark

Däne verbrennt Koran – und wird wegen Blasphemie angezeigt

von Hannah Al-Othman

für www.DailyMail.co.uk, 23. Februar 2017

[Veröffentlicht am 25.02.2017 von 1nseipresse.blogspot.de](http://www.1nseipresse.blogspot.de)

Ein Däne wurde wegen Blasphemie angezeigt, weil er angeblich einen Koran verbrannte und ein Video mit dem Zwischenfall bei Facebook veröffentlichte.

Der 42 Jahre alte „Verdächtige“ verbrannte den Koran im Dezember in seinem Hinterhof in Norddänemark und veröffentlichte das Video dazu auf einer moslemkritischen Facebookseite.



Foto: Inseipresse

→ Er betitelte das Video mit „*Denk an deinen Nachbar: Es stinkt, wenn er brennt*“ und die Gruppe hieß „*YES TO FREEDOM – NO TO ISLAM*“.



Anderer Täter – gleiches Subjekt

[Zum Anschauen des Videos auf das Bild klicken \(youtube\)](#)

Staatsanwalt *Jan Reckendorff* sagte, es sei das erste Mal seit 1971, dass eine Person wegen der „*öffentlichen Verspottung der Doktrin einer Religionsgemeinschaft*“ angezeigt wurde und fügte an, dass das Vergehen mit bis zu vier Monaten Haft oder einer Geldstrafe belegt werden kann. Er sagte vom in *Viborg* befindlichen Staatsanwaltsbüro aus:

→ „*Es ist die Ansicht der Staatsanwaltschaft, dass die Umstände der Verbrennung von heiligen Büchern, wie der Bibel oder dem Koran, in einigen Fällen das Gesetz zur Blasphemie verletzen können, mit dem die öffentliche Verspottung oder die Verachtung der Religion bestraft wird.*“

Unseres Erachtens sollte der Fall aufgrund der Umstände zur Anzeige gebracht werden, damit die Gerichte nun eine Gelegenheit haben, eine Position in der Sache zu beziehen.“

Der Fall wird Richtern in Aalborg vorgelegt, auch wenn noch kein Datum für die Verhandlung feststeht.

Nach Paragraph 140 des dänischen Strafrechts wird die öffentliche Beleidigung oder Herabwürdigung von religiösen Büchern mit Gefängnis oder einer Geldstrafe belegt.

Das letzte Mal, dass dies vor Gericht verhandelt wurde war im Jahr 1971, als sich zwei Produzenten des dänischen Radios vor Gericht verantworten mussten, weil sie ein Lied abspielten, das sich über das Christentum lustig machte. Sie wurden später freigesprochen...

Bislang gab es in Dänemark nur vier Anzeigen wegen Blasphemie, allerdings entschied das Land, das Gesetz beizubehalten, nachdem es vor zwei Jahren begutachtet wurde.

Damals sagte *Vega Saenz* aus dem dänischen Außenministerium, dass das Gesetz beibehalten werden sollte, um die Religionsfreiheit und Minderheiten zu schützen, sowie um die soziale Ordnung aufrecht zu erhalten.

Im Jahr 1946 erhielten zwei Dänen eine Geldstrafe, nachdem sie bei einem Ball in der Hauptstadt Kopenhagen eine "Taufe" durchführten und 1938 wurden vier Personen verurteilt, weil sie antisemitische Propaganda verbreiteten.

Hinzu kommen mehrere andere Fälle, in denen die Staatsanwaltschaft eine Klage erwog, sich dann aber dagegen entschied.

Einer der bekanntesten Fälle stammt aus dem Jahr 2006, als die Staatsanwaltschaft eine Ermittlung wegen der kontroversen Mohammedkarikaturen mit dem Titel "*Das Gesicht von Mohammed*" gegen die Zeitung *Jyllands-Posten* einleitete. Allerdings entschieden sie sich dann gegen eine Weiterverfolgung.

Im Original: [Man becomes the first person in Denmark to be charged with blasphemy for 46 years after burning a copy of the Koran](#)

+++

Finnland

Finnland stockt sein Militär für den Konfliktfall um 50.000 Soldaten auf

[Veröffentlicht am 17.02.2017 von EpochTimes](#)

- **Aus Furcht vor einer Bedrohung durch Russland hat die finnische Regierung am Donnerstag angekündigt, dass die Truppen des Landes für den Konfliktfall von 230.000 auf 280.000 Soldaten aufgestockt werden.**

Damit solle die „*Fähigkeit zur Verteidigung des gesamten nationalen Territoriums verbessert*“ werden, hieß es in einem Regierungsbericht. Die Rede ist darin von der Absicht des Nachbarstaats Russland, seinen „*Status als Großmacht zu festigen*“.

Moskau habe als „*Ziel*“ ein „*auf Einflussosphären beruhendes Sicherheitssystem*“ genannt. Der Bericht erwähnt ferner, dass sich die Sicherheitslage in der Finnland umgebenden Ostsee verschlechtert habe.



Das finnische Schiff FNS Pohjanmaa beim andocken im Hafen von Kirkkonummi.

Foto: HEIKKI SAUKKOMAA/AFP/Getty Images

Vertrag mit den USA seit Oktober 2016

Finnland, das nicht dem Nato-Militärbündnis angehört, hatte im vergangenen Oktober einen Vertrag zur militärischen Zusammenarbeit mit den USA unterzeichnet.

Die Aufstockung der Truppen schlägt sich im finnischen Militärhaushalt mit 55 Millionen Euro nieder – zusätzlich zu den jährlichen Ausgaben von derzeit 2,4 Milliarden Euro.

Die Regierung rechnet damit, dass es nach 2020 eine deutliche Ausgabensteigerung geben wird. Helsinki will im kommenden Jahrzehnt seine *Hornet-Kampffjets* durch moderne Flugzeuge ersetzen und auch seine veraltete Flotte modernisieren. (afp)

+++

Frankreich

Paris: Migrantenterror weitet sich aus!

[Veröffentlicht am 13.02.2017 von JouWatch](#)

Die Pariser Polizei versucht weiterhin die gewalttätigen Ausschreitungen in den Griff zu bekommen.

- Inzwischen sind die fünf Vorstadtbezirke Aulnay-Sous-Bois, Aulnay, Argenteuil, Bobigny und Tremblay-en-France in Saint-Seine-Denis betroffen.

Es wird befürchtet, dass die Gewalt sich landesweit ausbreiten könnte.



Die Bezirke werden besonders in der Nacht zu gefährlichen *No-Go-Zonen*, dann übernehmen maskierte junge Männer unter „*Allahu-Akbar*“-Rufen die Straßen.

Die Bewohner werden aufgefordert, sich in ihren Wohnungen einzuschließen während bewaffnete Polizisten versuchen mit den Gewalttätern fertig zu werden. Der von ihnen verursachte Schaden beläuft sich mittlerweile auf Millionenhöhe.

Die Polizisten werden mit Molotowcocktails und Stahlkugeln angegriffen. Inzwischen schießt die Polizei scharf zurück.

Auch ein Reporter des französischen Fernsehsenders BMTV wurde angegriffen und verletzt.

Siehe auch:

<http://www.express.co.uk/news/world/766635/Paris-riots-theo-immigration-violence-Aulnay-Sous-Bois>

+++

Spanien

Tödliche Energiearmut in Spanien

von Ralf Streck

[veröffentlicht am 03.02.2017 von heise.de](#)

Immer mehr Haushalte können Strom nicht mehr bezahlen und das Abstellen endet sogar oft tödlich

Immer wieder gibt es tragische Meldungen in Spanien, wonach Menschen ums Leben kommen, weil sie den Strom nicht mehr bezahlen konnten. Es gibt spektakuläre [Fälle wie den der 81-jährigen Rosa](#), die das Thema auf die Tagesordnung rücken.

Sie erstickte vergangenen November in ihrer Wohnung im katalanischen Reus, nachdem eine Kerze einen Brand verursacht hatte. So musste sie ihre Wohnung beleuchten, da der Stromversorger Gas Natural ihr den Strom wegen unbezahlten Rechnungen abgestellt hatte. Doch der hatte nicht einmal den örtlichen Sozialdienst konsultiert, wie es vorgeschrieben ist. Allerdings [setzte](#) Gas Natural die Abschaltvorgänge – allerdings nur in Reus – nach dem tragischen Vorgang aus. In der Stadt mit gut 100.000 Einwohnern [unterstützt](#) die Gemeinde schon 774 Haushalte, damit deren Strom nicht abgestellt wird. Fast 1400 Haushalte können dort auch zudem die Wasserrechnung nicht bezahlen, dazu gehörte auch Rosa. Der Stadtverwaltung war dies bekannt.

Dieser Fall sorgte für Proteste, weil er so offensichtlich war, doch die Zahl derer, die an Energiearmut leiden, ist hoch und sie nimmt in Spanien stetig zu. Gemäß einer [Studie](#) der Vereinigung für Umweltwissenschaften ACA fordert die Energiearmut schon mehr als 7000 Menschenleben im Jahr. Das schätzt sie in Bezug auf Daten der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Das seien fast doppelt so viele Menschen, "wie durchschnittlich zwischen 1996 bis 2014 auf den Straßen bei Verkehrsunfällen ums

Leben kamen", schreibt die ACA. Da es 2016 nur noch [1160 Verkehrstote](#) gab, sind das nun sogar schon sechsmal so viele.

In ihrer dritten Energiestudie stellt die ACA zudem fest, schon 11% der Haushalte - insgesamt 5,1 Millionen Menschen – könnten ihre Wohnung nicht mehr adäquat heizen: "Das ist ein Anstieg um 22 Prozent in nur zwei Jahren." Dabei spricht die konservative Regierung von einer angeblichen wirtschaftlichen Erholung und einem Wachstum von 3%, wovon viele Menschen jedoch nichts spüren. Es sind real [mehr als vier Millionen Menschen und fast 19% arbeitslos](#). Davon erhält etwa die Hälfte keinerlei Unterstützung mehr. Erwartungsgemäß steigt die Arbeitslosigkeit nach dem Ende des Weihnachtsgeschäfts wieder deutlich. Offiziell haben im Januar erneut 57.000 Menschen ihre Jobs verloren. Aber die reale Zahl ist deutlich höher, denn im gleichen Monat hat die Sozialversicherung 175.000 Beitragszahler verloren.

Fälle wie der von Rosa, die eindeutig auf die grassierende Energiearmut zurückzuführen sind, sind eher selten. Viele, gerade ältere Menschen, sterben an Krankheiten wie an Lungenentzündungen, die durch Kälte in den Wohnungen ausgelöst oder befördert werden. So stellt die ACA-Studie einen Zusammenhang von Gesundheit und Energiearmut her. Die habe nicht nur Auswirkungen auf die Gesundheit, sondern kranke Menschen hätten zudem "eine größere Chance unter Energiearmut zu leiden".

Befürchtet wird, dass die Zahl der Todesfälle deutlich steigt, da der Winter hier ungewöhnlich hart ist, mit Schnee und Minusgraden bis ans Mittelmeer. Wie in kaum einem EU-Land sind die Strompreise hier in den letzten Jahren [gestiegen](#). In vielen Haushalten werden die Großhandelspreise für den Strom, der auch über die hohe Nachfrage aus dem Atomstromland Frankreich explodiert ist, direkt an die Verbraucher über intelligente Zähler weitergegeben. Viele Menschen [trauen sich deshalb nicht, die Heizung anzuschalten](#).

Die ACA ruft dazu auf, sich an Protesten am ["Internationalen Tag gegen Energiearmut"](#) am 10. Februar anzuschließen. Ausgehend von Großbritannien wird seit 2012 jährlich gegen das um sich greifende Phänomen protestiert. Nach Angaben von Eurostat gaben schon 2012 in der EU 54 Millionen Menschen an, nicht genug Geld zu haben, um die Wohnung im Winter adäquat zu heizen. Allein in Frankreich sollen es mittlerweile mit 12 Millionen schon fast [ein Fünftel der gesamten Bevölkerung](#) sein, die von Energiearmut betroffen ist.

In Spanien hatten sich die regierende Volkspartei (PP) und die Sozialisten (PSOE) nach bisherigen starken Protesten zwar vor Weihnachten noch grundsätzlich darauf [geeignet](#), das Stromabstellen zu verbieten. Doch passiert ist bisher nichts und diesen Winter wird vermutlich auch nichts mehr passieren. Denn aus einem Beschluss zur Energiefrage im Parlament wurde die Frage am Dienstag ausgeklammert, [kritisiert](#) die Verbraucherschutzorganisation Facua. Beschlossen worden sei nur, diese in Zukunft in bestimmten Fällen regeln zu wollen.

+++

>>>

EU-Bürger

Laut Umfrage unterstützt ein Großteil der EU-Bürger Trumps Einreisestopp

[Veröffentlicht am 09.02.2017 von Epoch Times](#)

Ein Großteil der Europäer unterstützt den US-Einreisestopp von Menschen aus sieben muslimischen Staaten. Dies ergab eine Umfrage mit mehr als 10.000 Teilnehmern in 10 EU-Ländern.

Durchschnittlich 55 Prozent der Teilnehmer einer Umfrage des Londoner Think Tank [„Chatham House“](#) unterstützen einen Immigrationsstopp aus Ländern mit muslimischer Mehrheit. Dies berichtete [„NBC-News“](#).

In Acht Staaten sprach sich eine deutliche Mehrheit für einen solchen Einreisestopp aus – angefangen von 71 Prozent in Polen bis 53 Prozent in Deutschland. In nur zwei Ländern, Großbritannien (47 Prozent) und Spanien (41 Prozent) lagen die Zahlen etwas unter 50 Prozent. Gleichzeitig überstieg der Prozentsatz derjenigen, die nicht mit dem Einreisestopp übereinstimmten, in keinem Land die 32 Prozent-Marke.

Chatham House spricht von den Ergebnissen als auffallend und ernüchternd. In einer Pressemitteilung wird erklärt, die Zahlen weisen darauf hin, dass der öffentliche Widerstand gegen weitere Einwanderung aus überwiegend islamischen Staaten keineswegs auf die Wählerschaft Trumps zu beschränken sei.

Unterstützer des Einreisestopps sind politisch rechts als auch links

Zudem wurde die Umfrage vor der Wahl Trumps durchgeführt und bevor der neue US-Präsident seine Verordnung zum Einwanderungsstopp erließ. Auch zeigte sich eine Verteilung der Unterstützer des Einreisestopps über das gesamte politische Spektrum. 75 Prozent der Gesamtheit aus Unterstützern des Einreisebanns und der Teilnehmer, die sich nicht festgelegt hatten, haben sich als politisch rechts bezeichnet. Ein Drittel der Unterstützer des Einreiseverbotes haben sich dagegen als links bezeichnet.

Die am Dienstag veröffentlichten Umfrageergebnisse kommen 18 Monate nach dem Rekorder bei den Einwanderungszahlen auf dem gesamten Kontinent für soziale Spannungen sorgen.

